

Nicht wegwerfen — weitergeben 🔄 Nicht wegwerfen — weitergeben

Geld ist genug da, es ist nur ungerecht verteilt!

In einem reichen Land sollte kein Mensch in Armut leben müssen. Doch das schaffen wir nur, wenn wir den Reichtum gerecht verteilen.

Die Deutsche Börse meldet neue Rekorde. In diesem Jahr werden Konzerne so hohe Dividenden ausschütten wie nie zuvor – fast 75 Milliarden Euro! Und die Konzerne sind in den Händen der Reichen. Kein Wunder, dass die reichsten zehn Prozent zwei Drittel des Vermögens besitzen, die untere Hälfte aber nur rund ein Prozent. Allein die sechs reichsten Milliardär*innen in Deutschland besitzen so viel wie die unteren 40 Prozent. Die Reichen werden reicher, während die Inflation die Gehälter der Beschäftigten auffrisst.

Holen wir uns das Geld zurück! Mit einer Vermögenssteuer, die pro Jahr 100 Milliarden Euro bringt - für Investitionen in Schulen, Schienen und Schwimmbäder. Dazu werden die Vermögen oberhalb von einer Million Euro mit fünf Prozent pro Jahr belastet. So hätten wir mehr Geld für den Ausbau von Bus und Bahn, für Schulen und Kitaplätze, für bessere Pflege und ein gerechtes und modernes Gesundheitssystem, für ein gutes Leben für alle. Geld ist genug da, es ist nur ungerecht verteilt!

Der Protest der Bauern gegen die Sparpläne ist gerecht. Die Kürzungen werden notwendig, weil die Bundesregierung mit einem Taschenspielertrick sich einen Kredit besorgen wollte. Dies sollte vor allem Herr Lindner als Bundesfinanzminister wissen.


Es ist nur schade, dass Arbeitslose keine Traktoren haben, dann würden sie auch erfolgreich gegen die Kürzungen in ihrem Bereich protestieren können. Oder Pflegekräfte..

Oder Krankenhausbeschäftigte...

Oder Kinder...oder...

Termine - Termine - Termine

- Voraussichtlich 30. Januar 2024 19:00 Uhr Fraktionssitzung im Bürgerbüro Helenenstr. 55
- 25.2.2024 nächster Frühschoppen
- 2.3.2024 9:00 Sachsenlandhalle Glauchau Kreiswahlversammlung—Kommunalwahl **Bitte Fahrgemeinschaften bilden!**

Nächste Ausgabe  erscheint am Donnerstag, dem 24. Januar 2019!
14⁰⁰Uhr im Bürgerbüro Helenenstr.
V.i.S.d.P.: Steffen Dögnitz



Suchresultate bei **GOOGLE** auf die Suchanfrage „Ukraine Krieg Lösung“

Neue Züricher Zeitung:

Der Ukraine gehen die Leute aus, welche kämpfen wollen. Mit Zwang wird das Problem nicht ewig zu beheben sein.

Berliner Morgenpost:

In der Ukraine läuft ein Abnutzungskrieg, reihenweise fallen Panzer aus. Der Westen reagiert mit Hightech, Putin mit robusten Lösungen.

WEB.DE:

Friedenslösung: Schweiz möchte Russland und Ukraine zusammensetzen

Der Kurier (Wien):

Dialog im Ukraine-Krieg? "Keine Friedenskonferenz ohne Russland"

Der Spiegel

Kretschmer schlägt Ukraine vorübergehenden Gebietsverzicht vor

Bild von www.stoppt-das-toeten.de

**STOPPT DAS TÖTEN
IN DER UKRAINE -
FÜR WAFFENSTILLSTAND
UND VERHANDLUNGEN!**



Einladung zum Politfrühschoppen / Gesamtmitgliederver- sammlung am 28.01.24 9:30 im Café Gallhe- ber

**Thema: Alles Lobby oder
nichts?**

Für das leibliche Wohl ist
gesorgt.
Interessenten sind gern
willkommen.



Lobbyismus

An Lobbying an sich ist nichts auszusetzen und Lobbyismus ist als Informationsinstrument auch unverzichtbar. Lobbyisten sitzen meist direkt an der Informationsquelle, haben aktuelle Daten, Zahlen und Fakten, erstellen Expertisen und Studien für die Politik und treten als Sachverständige auf - alles hilfreiche Dinge. Es ist in einer parlamentarischen Demokratie auch legitim, auf Entscheidungen und Entscheidungsträger Einfluss zu nehmen. Auch sind die Abgeordneten auf eine seriöse Politikberatung von außen angewiesen.

Die Art und Weise der Einflussnahme ist jedoch entscheidend. Korruption und Bestechung, Vorteilsgewährung, Vorteilsnahme und Intransparenz dürfen nicht die Mittel der Einflussnahme sein. Insoweit stellt der Lobbyismus eine latente Gefahr für den demokratischen Rechtsstaat

In eigener Sache:



ist ein Mitteilungsblatt des
Ortsverbandes Limbach-Ober-
frohna der Linkspartei und erscheint
in der Regel einmal monatlich, kann
kostenlos bezogen werden! Interessenten an Steffen
Dögnitz ☎4029932 wenden!

dar.

Die Gefahrenpotenziale für die Demokratie bestehen u.a. auf folgenden Gebieten:

- Formulierung von Gesetzen durch externe Anwaltskanzleien
- so genannte ‚Leihbeamte‘, in Ministerien
- Wechsel von Spitzenmanagern in Ministerien
- Wechsel von Spitzenpolitikern in Lobbyverbände und Wirtschaft
- Politikfinanzierung: Sponsoring, Spenden und „Landschaftspflege“

Der Eindruck der Dominanz von lobbyistisch geprägten Einzelinteressen in der Politik hat sich aufgrund der letzten Skandale in der Bevölkerung stark verdichtet. Die Zweifel an der Autonomie politischer Entscheidungen sind stark gewachsen. Nicht erst der Deal der Bundesregierung mit der Atomindustrie haben diese Zweifel verstärkt. Auch die Berufung eines Vertreters der privaten Krankenkassen in die Grundsatzabteilung des Gesundheitsministeriums ist alles andere als demokratieförderlich.

Die diversen Partei-
spenden und Spon-
soringkandale in
den letzten Wochen
und Monaten haben
der Glaubwürdigkeit
der Politik schwer
geschadet.

Vollständige Trans-
parenz auf Seiten
der Politik und der
Lobbyisten ist not-

wendig ebenso wie eine Beschränkung des Lobbyismus – auch wenn damit nicht alle Probleme gelöst werden können.

Die Fraktion DIE LINKE fordert schon seit langem Richtlinien für Lobbyisten. Folgende Handlungsfelder sollten dabei u.a. geregelt werden:

- Lobbyregister beim Deutschen Bundestag und den Ministerien
- Karenzzeiten für ausscheidende Politiker
- Verbot von so genannten „Leihbeamten“ in Ministerien
- Offenlegung der Nebentätigkeiten von Abgeordneten
- Strafbarkeit der Abgeordnetenbestechung an internationales Niveau angleichen
- Verbot von Unternehmensspenden an Parteien
- Verbot des Sponsoring von Veranstaltungen von Parteien und Ministerien.

Quelle Webseiten der ehemaligen Linksfraktion und Lobbycontrol

